



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

150. Ratssitzung vom 9. Juni 2021

4048. 2019/445

**Postulat von Martin Götzl (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 23.10.2019:
Erhöhung der Sicherheit um das Seeufer in Zürich durch vermehrte Polizeipräsenz und Videoüberwachung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Martin Götzl (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1794/2019): Unser Postulat reichten wir ein, nachdem sich eine Welle von Verfehlungen und Gewalt durch den Grossraum im Seebecken zog. Das wichtige, öffentliche Naherholungsgebiet wurde während Wochen, Monaten und Jahren erschüttert. Die verwerfliche Bilanz ist: geschädigte Gewerbebetreibende, immer mehr fernbleibende Flaneure, in Folge der eingeschränkten Sicherheit ausartende Randalierer und Schwerverletzte, Stich- und Wurfwaffen, Angriffe und Körperverletzungen gegen Blaulichtorganisationen wie die Polizei und auch Rettungskräfte, die vor Ort gehindert wurden, Leben zu retten. Ein Dank an dieser Stelle an die Sicherheitsvorsteherin und den Stadtrat, dass sie im Sinne der öffentlichen Ordnung und Sicherheit entschieden haben, das Postulat anzunehmen. Das ist pragmatisch sowie im Sinne der Polizeieinsatzkräfte und der Strafverfolgungsbehörden. Auch sehr erfreulich ist, dass seit dem 5. März 2021 der Utoquai und der Stadelhofen bereits zeitweise videoüberwacht werden. Die Kameras werden nur am Wochenende und nur nachts eingeschaltet. Die Überwachung ist vorerst für einen Monat vorgesehen. Es sind insgesamt 18 Kameras punktuell im Einsatz. Sowohl die Sicherheitsvorsteherin wie auch dem Polizeikommando ist es offensichtlich klar, dass unsere Forderung vom 23. Oktober 2019 dringend notwendig ist. Insofern ist bedauerlich, dass die Videoüberwachung vorerst nur für einen Monat geplant wurde, im Wissen, dass diese von den linken Parteien bekämpft wird. Anfang April in diesem Jahr hätten die Kameras ursprünglich wieder demontiert werden sollen. Nun sind sie aus Angst vor Übergriffen immer noch im Einsatz, wie das unlängst in St. Gallen geschah. Kameras bleiben vorübergehend noch eine Weile im Einsatz, weil sie ihren Dienst tun. Dazu zitiere ich die Polizeiführung: «Die Lage am Utoquai ist für uns zurzeit schon sehr herausfordernd.» Zeitweise hätten sich dort am Abend bis zu 8000 Leute getroffen – ohne Ziel und mit viel Alkohol. Das habe Konflikte verursacht. Sofern unsere Forderung auch heute abgelehnt wird, werden Sie sich verantworten müssen, wenn wiederum Rettungskräfte daran gehindert werden, umgehend Erste Hilfe zu leisten. Sie akzeptieren und befeuern damit, «Polizisten als Freiwild von gewalttätigen Chaoten». Damit sind Sie Kameraleugner, die die nachgewiesene Wirkung nicht anerkennen, respektive abstreiten. Die Geister, die Sie in Zürich gerufen haben, können Sie nur mit einer Nulltoleranzstrategie wieder loswerden. Es gilt, die verantwortlichen Kriminellen punktuell zur Rechenschaft ziehen zu können. Eigentlich ist es unverständlich, wieso die Überwachungskameras am Stadtzürcher Seebecken im Gemeinderat derart umstritten sind und die Forderung danach*

mehrfach abgelehnt wird. Alle Ablehner, die faktenbasierte Entscheidungen treffen, müssen aufgrund der vorliegenden Fakten zu einem überzeugenden und Sicherheit bringenden Ja kommen. Im Tages-Anzeiger-Artikel vom 28. Mai 2021 wird die gewinnbringende Installation der punktuell eingesetzten Kameras sehr gut und sachlich auf den Punkt gebracht. Stimmen Sie im Sinne der öffentlichen Sicherheit und als starkes Zeichen gegen Eskalation dem Postulat und dem Ansinnen zu.

Markus Baumann (GLP) begründet den namens der GLP-Fraktion am 13. November 2019 gestellten Ablehnungsantrag: *Eine weitere Videoüberwachung im öffentlichen Raum führt schlichtweg nur zu einem: zu mehr Repression. Sie lösen mit diesem Postulat bestimmt kein einziges Problem. Martin Götzl (SVP) bestätigte sogar, dass das Problem in Zürich gelöst wurde und dass die Chaoten nun in St. Gallen auftraten. Genau das geschieht. Wenn eine Videoüberwachung punktuell an einem Ort eingesetzt wird, dann kann es sein, dass dort weniger Unruhe stattfindet. Es wird jedoch kein Problem gelöst. Man kann problembezogen sagen, dass mit den Videokameras am Bellevue und am Utoquai das Problem gelöst wurde. Fakt ist jedoch, dass sich das Problem verschiebt. Es ist erwiesen, dass wenn weiterhin Kameras aufgebaut werden, das Problem schlichtweg verschoben wird: an die Langstrasse, ans Lochergut, in Richtung Aussenquartiere und nach Altstetten. Vielleicht ist das Problem eines Tages gelöst, wenn es nach Schlieren oder Dietikon verschoben wurde. Gesellschaftlich wurde dann jedoch nichts gelöst. Das ist der Grund, warum wir den Ablehnungsantrag stellten. Es darf nicht sein, dass wir damit beginnen, Kameras aufzustellen. Als ich im Jahr 2014 in den Gemeinderat kam, stritten wir darüber, ob Kameras an den Schulhäusern aufgestellt werden sollen oder nicht. Ich bin grundsätzlich gegen jegliche Art von Überwachung. Wenn Sie Probleme erkennen wollen, sollten Sie in die gesellschaftliche Tiefe gehen, um zu ermitteln, warum etwas eskaliert. Ich rede das nicht schön. Wer das Gesetz übertritt, soll entsprechend bestraft werden. Das ist nicht der Punkt. Der Punkt ist, dass man das Gefühl hat, dass mit einem solchen Postulat durch pure Repression ein Problem gelöst werden könne. Mich erstaunt, dass STR Karin Rykart und der Stadtrat mitmachen. Das halte ich persönlich nicht für zielführend. Wir sprachen stets von Prävention. Ich bin mir sicher, dass wir im Rat bald über ein anderes Gebiet mit solchen Ausschreitungen sprechen werden. Daher erstaunt es mich stark, dass eine links-grüne Mehrheit im Stadtrat ein solches Postulat zur Prüfung entgegennimmt. Noch schlimmer ist, dass die Forderung bereits umgesetzt wurde. Ich bin froh, dass wir hier in diesem Bereich noch über eine Mitte-links-Mehrheit verfügen.*

Weitere Wortmeldungen:

Michel Urben (SP): *Wir sind gegen die Überwachung durch Kameras. Man sieht es an den Beispielen von europäischen Grossstädten wie London, wo eine flächendeckende Überwachung mit Kameras herrscht. Es kann niemand behaupten, dass Städte, die so überwacht sind, eine tiefere Kriminalitätsrate aufweisen als Zürich. Ich traue unserer Stadtpolizei zu, die zur Verfügung stehenden Einsatzkräfte sinnvoll an den richtigen Punkten einzusetzen. Ich bin «Kameraleugner», wie das Martin Götzl (SVP) ausdrückt. Aber was auch unverständlich ist, dass gewisse Kamerabefürworter gegen den Einsatz von Bodycams sind.*

Dominique Zygmunt (FDP): Das Postulat stammt aus einer anderen Zeit; aus einer Zeit vor Corona. Man hätte sich wünschen können, dass wenigstens dieses Problem sich gelöst hätte. Das Gegenteil traf jedoch ein. Das Seebecken wurde aus den bekannten Gründen zu einer Partymeile. Junge Leute sollen Räume haben und sie haben ein Anrecht auf Ausgelassenheit. Aber genau sie sollen sich auch sicher fühlen dürfen. An dieser Partymeile geschehen jedoch Dinge, die unseres Erachtens zu Problemen führten. Neben dem Sicherheitsproblem gibt es auch das Abfallproblem. Das ist ersichtlich, wenn man an einem Sonntagmorgen dem See entlang joggen will. Die Quartiere wurden mittlerweile aktiv und es gibt Personen, die sich dem annehmen wollen. Das Anliegen, das mit dem Postulat vorgebracht wird, ist heute noch sehr wichtig. Wir hörten, warum gewisse Parteien das ablehnen. Es scheint an den Kameras zu liegen. Man soll absolut kritisch gegenüber Kameras sein. Aber nicht jede Kamera ist eine Kamera. In erster Linie ist eine Kamera ein Werkzeug. Es macht einen Unterschied, wie Kameras eingesetzt werden. Das Sicherheitsdepartement erreichte mit der aktuellen Lösung etwas, das sehr verhältnismässig ist. Die Kameras schauen dann zu, wenn das Seebecken zu einem Hotspot wird. Es gibt Leute, die sich sicherer fühlen, wenn sie wissen, dass eine Kamera vorhanden ist. Das allein hat nichts mit der Überwachung zu tun, die Sie ins Feld führten. Wir glauben, dass ein massvoller Videoeinsatz zu einer Verbesserung der Lage führen kann. Es wäre eine Illusion zu glauben, dass ein solcher Einsatz das einzige Mittel für eine Verbesserung ist. Es gibt vielleicht diese Verdrängungstendenzen. Es kann nicht die Meinung sein, dass nur eine Kamera aufgestellt wird und dass man dann das Gefühl hat, dass alles gut ist. Das Postulat ist leider nach wie vor sehr aktuell, weshalb wir es unterstützen wollen. Das ist auch ein Zeichen, um das Vorgehen des Sicherheitsdepartements und der Stadtpolizei zu unterstützen.

Luca Maggi (Grüne): Die eigentlich exakt gleiche Forderung diskutierten wir am 17. März. Ich habe das Gefühl, dass Martin Götzl (SVP) genau dasselbe Votum hielt. Ich will meinem Befremden Ausdruck verleihen, darüber, dass die Stadtpolizei unabhängig davon, was das Parlament zum Thema Videoüberwachungen entscheidet, macht, was sie will. Wir wollen am Utoquai keine dauerhafte Überwachung. Die jetzt eingerichtete und sogenannt temporäre Überwachung wurde verlängert. Die Verlängerung wurde nochmals verlängert. Ich bin gespannt, wie oft nochmals verlängert wird. De facto wurde die Überwachung zu einer Art dauerhaften Überwachung. Auch nimmt mich wunder, woher das graue Überwachungsauto kommt, das die Stadtpolizei an Grosskundgebungen einsetzt, wo doch der politische Auftrag des Parlaments ist, mit Videoüberwachung möglichst zurückhaltend umzugehen. Und wenn der Polizeikommandant am 27. Mai in der NZZ sagen muss, dass Kameras in der Stadt Zürich ein rotes Tuch seien, dann kann er das zwar sagen. Vielleicht hätte er aber anmerken sollen, dass ihm das egal ist und dass er sowieso macht, was er will. Ich frage mich, wer bestimmt, was die Polizei tut. Sind es wir als gewählte Politikerinnen oder Politiker oder ein von der Stadt angestellter Polizeikommandant?

Das Postulat wird mit 29 gegen 72 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat



4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat